

# Antrag E02: Hochschulen in Verantwortung - Für Frieden und Demokratie

Laufende Nummer: 15

<b>Antragsteller*in:</b>	Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen (Landeshochschulgruppen)
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	E - Europa & Internationales

## 1 **Denkmuster hinterfragen**

2 Für demokratische Gesellschaften ist es immer eine schwierige Herausforderung, ihr  
3 Verhältnis zum Militär zu definieren. Umso schwieriger ist das für ein Täterland, von  
4 dessen Boden aus in der Weltgeschichte bereits unvorstellbares Leid und schwerste  
5 Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgegangen sind. In Friedenszeiten kann man eine  
6 solche Grundsatzfrage aufschieben. Seit dem Morgen des 24. Februar 2022 geht das nun  
7 nicht mehr.

8 Der Russische Überfall auf die Ukraine hat viele bestehende Denkmuster und geglaubte  
9 Realitäten erschüttert. Rund 1.500 Kilometer von Berlin entfernt sieht sich eine  
10 Demokratie einer existenziellen Bedrohung gegenübergestellt, da sie von einer  
11 zutiefst imperialistisch handelnden Autokratie angegriffen wird. Für die deutsche  
12 Debatte bedeutet dieser Tag eine Zeitenwende. Es gibt breite politische Mehrheiten,  
13 die die Einsicht teilen, dass die Unterstützung der Ukraine humanitär, finanziell und  
14 vor allem auch militärisch richtig ist. Der Umgang mit den unbeschreiblichen  
15 Schrecken des Nationalsozialismus ist nicht, weiteres Unrecht geschehen zu lassen,  
16 sondern Verantwortung zu übernehmen für den Schutz einer Demokratie, der  
17 Menschenrechte und des freiheitlichen Europas insgesamt.

18 Auch der terroristische Angriff der Hamas auf Israelis und die darauf folgende Welle  
19 antisemitischen Hasses in der Welt erschüttert zutiefst. Deutschland muss der  
20 besonderen Verantwortung jüdischen Lebens gegenüber gerecht werden. Auch die  
21 besondere Erinnerungskultur an die Shoah, die uns in Deutschland vor stärkerem  
22 Antisemitismus, wie man ihn auch im EU-Ausland sieht, muss gestärkt und insoweit  
23 gefördert werden, dass unser Erinnerungsdiskurs erfahrbar wird für andere Länder.

## 24 **Internationalismus statt Pazifismus**

25 Wir verstehen uns als internationalistischer Verband, sind solidarisch mit verfolgten  
26 Minderheiten, sowie mit globalen progressiven Bewegungen und Kämpfen gegen  
27 Unterdrückung, Genozide und Faschismus. Wir streben für weltweite Gerechtigkeit und  
28 Frieden. Unsere Solidarität geht mit der Verantwortung einher, diese Prozesse und den  
29 Kampf gegen jeden Faschismus aktiv mitzugestalten. Die Probleme unserer Zeit können  
30 wir nur global und gemeinsam lösen.

31 Konflikte sollten in erster Linie auf diplomatischem Weg mit friedlichen  
32 Konfliktlösungsmechanismen gelöst werden. Hier orientieren wir uns an einer  
33 antimilitaristischen Haltung, da wir uns den negativen Auswirkungen von Krieg auf den  
34 Zugang zu Menschenrechten, die Zivilbevölkerungen und die Umwelt und die politische  
35 Stabilität bewusst sind. Krieg und militärische Interventionen sollten immer die  
36 letztmögliche Handlungsoption darstellen.

37 Pazifismus, also das dogmatische Festhalten an der Ablehnung jeglicher militärischer

38 Handlungen, kann für uns keine Lösung sein. Durch eine pazifistische Haltung wird die  
39 Realität der Auswirkung autoritärer und faschistischer Regime, sowie des Terrors,  
40 verkannt. Pazifismus verunmöglicht einen Kampf für globale Gerechtigkeit und gegen  
41 die Unterdrückung von Minderheiten. Wer den Pazifismus für sich also als leitenden  
42 Wert benennt, gibt im Zweifelsfall alle anderen Werte auf, weil er\*sie geschehendem  
43 Unrecht tatenlos zuschauen würde. Verteidigung, so wie sich die Ukraine verteidigt,  
44 ist unerlässlich, um Demokratie, Freiheit und Menschenrechte zu schützen. Gewalt  
45 sollte in jedem Fall das letzte Mittel sein, Verteidigung muss jedoch im Angesicht  
46 der Lage in der Ukraine die Antwort sein. Als Juso-Hochschulgruppen stehen wir  
47 solidarisch an der Seite der Ukraine und ihr Recht, sich gegen Russlands  
48 imperialistischen Angriffskrieg zu verteidigen.

#### 49 **Hochschulen für Frieden und Demokratie**

50 Hochschulen nehmen in Zeiten von Krieg eine besondere Rolle ein. Sie sind und waren  
51 immer politische Orte. Untrennbar von der Gesellschaft, sind sie ein prägender Ort  
52 des Diskurses, des Austausches und der Forschung. Im Nationalsozialismus waren  
53 Hochschulen Teil der faschistischen Kriegsführungslogik. Sie waren keine Orte der  
54 Wissenschaft und des Austausches mehr, sondern wurden gleichgeschaltet und den  
55 rassistischen und völkischen Zielen untergeordnet. Leider waren es gerade auch  
56 Studierende, die sich der nationalsozialistischen Bewegung anschlossen, diese aktiv  
57 mitgestalten und so beispielsweise Jüd\*innen systematisch aus dem Hochschulbetrieb  
58 ausgeschlossen haben.

59 Durch ihre Geschichte und ihre Rolle in der Gesellschaft kommt Hochschulen eine  
60 besondere Verantwortung zu, welche sich in einem Spannungsverhältnis bewegt, dass  
61 immer wieder neu verhandelt werden muss. Ihre Verantwortung besteht zum einen darin,  
62 das Verständnis für Frieden und Konfliktlösung zu fördern, dies in die Lehrpläne zu  
63 integrieren und Themen wie Friedens- und Konfliktlösung sowie Diplomatie zu  
64 erforschen. Ursachen von Faschismus, Krieg und globaler Unterdrückung müssen  
65 verstanden und Lösungen entwickelt werden. Das beste Mittel gegen Krieg ist ein  
66 nachhaltiger Frieden, dessen Grundlagen auch an Hochschulen erarbeitet werden können.  
67 Zum anderen besteht ihre Verantwortung darin, ein Motor für eine starke und lebendige  
68 Demokratie sowie Teil eines internationalen demokratischen Kampfes zu sein. Dies  
69 beinhaltet eine klare antifaschistische Haltung, die besonders an deutschen  
70 Hochschulen Selbstverständnis sein muss.

71 Durch die internationale Zusammenarbeit von Hochschulen sind diese darüber hinaus  
72 Plattformen für den internationalen und interkulturellen Dialog und sind in der Lage,  
73 Toleranz und Verständnis zu vermitteln. Nationale und internationale Partnerschaften  
74 sollten darauf fokussiert sein, an Frieden und interkultureller Verständigung zu  
75 arbeiten. Die Forschung, die an Hochschulen betrieben wird, muss und kann  
76 entsprechend verantwortungsvoll gestaltet werden und sollte den Kampf gegen  
77 Faschismus und für Demokratie fokussieren. Langfristig sollen Hochschulen Frieden in  
78 Form von demokratischen Gesellschaften zum Ziel haben.

#### 79 **Und die Zivilklausel?**

80 Die Notwendigkeit, Verantwortung auch militärisch auszudrücken, sollte nicht blind  
81 machen. Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere. Sie ist durch die  
82 historische Rolle Deutschlands auch keine Armee wie jede andere. Die Forschung an  
83 Waffen ist keine Forschung wie jede andere. Dem Militär muss in unserer Gesellschaft

84 weiterhin eine Sonderrolle zukommen. Dementsprechend sollten gerade an Hochschulen  
85 die militärische Forschung und die Bundeswehr mit angemessener Sensibilität und  
86 entsprechendem Problembewusstsein behandelt werden. Dies resultiert für uns in einer  
87 Ablehnung der Präsenz der Bundeswehr an öffentlichen Hochschulen.

88 Unser Grundgesetz ermöglicht die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe. Es  
89 ist das Recht eines jeden Menschen, nicht unmittelbar mit militärischer Gewalt oder  
90 militärischen Logiken konfrontiert zu werden. Da öffentliche Hochschulen allen  
91 Menschen freie und selbstbestimmte Bildung ermöglichen sollen, muss es immer möglich  
92 sein, militärischen Strukturen und Denkweisen fernzubleiben. Öffentliche Hochschulen  
93 sollten deshalb grundsätzlich auf zivile und friedliche Zwecke ausgerichtet sein, was  
94 durch eine Zivilklausel sichergestellt werden kann. Da wo eine einfache Klausel nicht  
95 weiterhilft, ist Transparenz das Zauberwort. Wo immer möglich sollten gerade  
96 öffentliche Hochschulen transparent mit Forschungsvorhaben umgehen und so zum  
97 Beispiel auch der Problematik von Dual-Use-Gütern begegnen.

98 Zugleich erkennen wir an, dass in Anbetracht der globalen Lage militärische Forschung  
99 stattfinden muss und die Beschäftigung mit diesem Themenfeld im Kontext der Juso-  
100 Hochschulgruppen nicht unter den Tisch fallen darf. Eine Zivilklausel darf nicht  
101 damit einhergehen, dass militärische Forschung in Hand privater Unternehmen liegt.  
102 Militärische Forschung muss stattdessen in demokratische Prozesse eingebunden sein  
103 und darf niemals profitorientiert geleitet werden. Die Zivilklausel stellt für uns  
104 daher keine perfekte oder endgültige Lösung dar. Allerdings erkennen wir aufgrund der  
105 unzureichenden demokratischen Strukturen an Hochschulen und der hohen Abhängigkeit  
106 der Forschung durch Drittmittel an, dass wir die Prämisse einer demokratischen  
107 Kontrolle militärischer Forschung derzeit nicht an den öffentlichen Hochschulen  
108 garantieren können. An dieser Stelle braucht es eine intensive Beschäftigung mit dem  
109 Umgang militärischer Forschung des Verbandes, welche die demokratischen Strukturen an  
110 Hochschulen, sowie die internationale Lage und faschistische Bewegungen und Regime,  
111 einbezieht.

112 Deshalb fordern wir:

- 113 • Das Befürworten der Zivilklausel in Anbetracht der politischen und ökonomischen  
114 Situation von Hochschulen und Wissenschaft. Diese Befürwortung stellt für uns  
115 jedoch kein festes Dogma dar, sondern steht unter ständiger Reflexion.
- 116 • Die demokratische Kontrolle über militärische Forschung, sowie dass militärische  
117 Forschung abgekoppelt von finanziellen Interessen ist.
- 118 • Die Ablehnung eines blinden Pazifismus und das Bestärken unseres  
119 internationalistischen Charakters.
- 120 • Die weitergehende Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Militär und  
121 Hochschulen.
- 122 • Die volle Solidarität mit der Ukraine und die Verurteilung des imperialistischen  
123 Angriffskriegs Russlands.
- 124 • Solidarität mit Israel und allem jüdischen Leben auf der Welt, sowie die  
125 Verurteilung der terroristischen und barbarischen Angriffe der Hamas und des  
126 darauffolgenden weltweiten Antisemitismus.
- 127 • Die Stärkung einer interdisziplinären Auseinandersetzung mit Friedens- und

128 Konfliktforschung.

- 129 • Den Einbezug von Überlegungen zur Rolle und Zukunft nationaler Armeen unter  
130 Einbezug der Forderung nach einer Etablierung einer europäischen Armee, die in  
131 ihrer Zielsetzung mit den europäischen Werten der Demokratie, Freiheit und  
132 Menschenrechte übereinstimmt.